

Delegierte der 20. Bundesverbandstagung des SoVD verabschieden sozialpolitische Resolution

Inklusion wagen – Solidarität gewinnen

Auf den ersten Blick geht es Deutschland so gut wie seit Langem nicht mehr: Rekordbeschäftigung, steigende Löhne und eine geringe Inflation beleben die Wirtschaft. Die Bundesregierung hat einige sozial- und frauenpolitische Leistungsverbesserungen auf den Weg gebracht. Konkret sind dies das Rentenpaket, der Mindestlohn und die Reformen in der Kranken- und Pflegeversicherung.

Der Wohlstandszuwachs kommt jedoch längst nicht bei allen Mitgliedern der Gesellschaft an, und die Kluft zwischen Arm und Reich ist noch tiefer geworden. So sind erschreckend viele Kinder von Armut betroffen. Langzeitarbeitslosen, schwerbehinderten Menschen, Frauen sowie Migrantinnen und Migranten fehlt oft jede Perspektive auf eine gesicherte, reguläre Beschäftigung. Älteren Beschäftigten droht häufig Altersarmut. Viele Patientinnen und Patienten müssen um ihre Leistungen kämpfen. Vor allem finanzschwache Kommunen sind zu spürbaren Einschnitten in die öffentliche Daseinsvorsorge gezwungen.

Auch zwischen den Staaten in Europa und der Welt bestehen größte Ungleichgewichte. Viele Menschen in unseren europäischen Partnerländern leiden unter einseitigen Spar- und Kürzungsmaßnahmen. Gleichzeitig riskieren so viele Menschen wie nie ihr Leben, um in Europa Schutz vor Krieg, Vertreibung oder Ausgrenzung zu suchen.

Vor diesem Hintergrund hat die 20. Bundesverbandstagung des SoVD folgende Forderungen erhoben:

- Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich muss endlich überwunden werden. Dies erfordert von der Politik vor allem den Mut, die Finanzstarken und Vermögenden in unserer Gesellschaft entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit stärker finanziell heranzuziehen.
- Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu fairen Bedingungen und angemessenen Löhnen ist ein Schlüssel für Teilhabe. Hierzu bedarf es vor allem eines Arbeitsmarktes, in dem benachteiligte Menschen eine besondere, an ihren individuellen Stärken orientierte Förderung und Unterstützung erhalten und prekäre Beschäftigung konsequent zurückgedrängt wird.
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Um (...) die Lohndiskriminierung von Frauen zu beenden, muss ein umfassendes

Entgeltgleichheitsgesetz in Kraft gesetzt werden.

- Die Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention nach Barrierefreiheit, voller Teilhabe, Selbstbestimmung und Inklusion für behinderte Menschen sind umzusetzen und finanziell zu ermöglichen, insbesondere bei der Reform der bisherigen Eingliederungshilfe (...).
- Die Bundesregierung muss ihr Versprechen einlösen, die voranschreitende Altersarmut zu bekämpfen. Deshalb müssen noch in dieser Legislaturperiode Maßnahmen für eine bessere Absicherung in der Rentenversicherung und der Grundsicherung ergriffen werden. Dazu gehört auch die Wiederanhebung des Rentenniveaus.
- Eine der vorrangigen Aufgaben eines sozialen Rechtsstaats ist es, einer aufkommenden Mehr-Klassen-Medizin konsequent entgegenzutreten. Dies erfordert auch, die gesetzliche Krankenversicherung zu einer Bürger-



Ragnar Hoenig, Leiter der Abteilung Sozialpolitik im SoVD-Bundesverband.



Klaus Michaelis, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses des Bundesvorstandes.

Fotos (2) Wolfgang Borrs

versicherung weiterzuentwickeln. Die Versicherten dürfen nicht einseitig belastet und bei den Krankenkassenbeiträgen muss die volle Parität wiederhergestellt werden.

- (...) Die Lücke zwischen den anfallenden und den von der Pflegeversicherung übernommenen Kosten bei eintretender Pflegebedürftigkeit muss verringert werden. Perspektivisch muss die Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung ausgebaut werden.
- Jeder einzelne Mensch in un-

serer Gesellschaft hat einen grundgesetzlich verankerten Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Dies muss auch bei der Neubemessung der Hartz-IV-Regelsätze beachtet und darf im Fall von Sanktionen nicht infrage gestellt werden.

Die Resolution im Wortlaut sowie das ebenfalls verabschiedete Sozialpolitische Programm für die kommende Periode stehen unter www.sovd.de zum Download bereit.



Grafik: kartoxjm/fotolia

Erklärung zur Flüchtlingsfrage

Vor dem Hintergrund der allgegenwärtigen Flüchtlingsnot verabschiedeten die Delegierten ein Papier, welches die Positionen des Verbandes darstellt und eine Orientierung geben kann. Nachfolgend drucken wir Auszüge ab. Die vollständige Erklärung zur Flüchtlingsfrage steht unter www.sovd.de zum Download bereit.

Die Zahl von Flüchtlingen, die Deutschland erreichen, ist außergewöhnlich hoch. (...) Dies stellt unser Land vor neue, große Herausforderungen. Die damit verbundenen Sorgen vieler Menschen müssen ernst genommen werden.

(...) Das Grundrecht auf Asyl darf nicht angetastet werden! Die Bundesrepublik Deutschland hat sich nicht nur in internationalen Abkommen, wie der Genfer Flüchtlingskonvention, zum Schutz von Flüchtlingen verpflichtet. Auch das Grundgesetz gewährt poli-

tisch verfolgten Menschen ein Grundrecht auf Asyl.

(...) Gleichzeitig muss klar sein, dass Menschen, die kein Bleiberecht haben, nicht auf Dauer in Deutschland leben können. (...) Unabhängig davon muss der Staat allen Flüchtlingen einen ausreichenden Schutz vor Angriffen gegen ihre körperliche Unversehrtheit und ihre Unterkünfte bieten.

(...) Die Sorge um die Flüchtlinge ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. (...) Humanität, Solidarität und Hilfe in der Not sind europäische Werte, die von allen 28 Mitgliedstaaten der EU gelebt werden müssen. (...)

Die Aufnahme von Flüchtlingen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe! Das großartige Engagement derjenigen, die sich um das Wohl der hier angekommenen Menschen kümmern, verdient Respekt und Anerkennung. Dies gilt auch für die vielen SoVD-Mitglieder und Initiativen vor Ort. (...) Besonders anerkennenswert ist die Arbeit

der Kommunen, die die alltägliche Betreuung der Flüchtlinge sicherstellen müssen. (...)

Die Flüchtlinge, die auf längere Zeit hier bleiben werden, müssen frühzeitig in unsere Gesellschaft eingegliedert werden. Hierzu müssen alle Akteurinnen und Akteure, einschließlich der Wirtschaft und Zivilgesellschaft, eng zusammenwirken. (...) Gleichzeitig braucht es die Bereitschaft der Flüchtlinge, sich in unsere Gesellschaft einzugliedern und unsere verfassungsmäßige Ordnung anzuerkennen. (...)

Auch den Flüchtlingen steht das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum zu. Dies umfasst auch die medizinisch notwendige Versorgung (...). Daher muss die Gesundheitsversorgung entsprechend ausgebaut und die hierfür erforderlichen Mittel in vollem Umfang aus Steuergeldern finanziert werden. (...) Für die Flüchtlinge muss auf einem bereits angespannten

Wohnungsmarkt in absehbarer Zeit angemessener Wohnraum gefunden werden. (...)

Die Bildungsangebote, Sprach- und Integrationskurse für Flüchtlinge, insbesondere für Kinder, müssen schnellstmöglich ausgebaut werden. (...) Die Flüchtlinge müssen so bald wie möglich zu den geltenden arbeitsrechtlichen Standards in den Arbeitsmarkt integriert werden, damit sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. (...) Die hierfür notwendigen finanziellen Mittel sowie erforderliche Personalausstattung in den Behörden, insbesondere den Jobcentern, sind vorzuhalten.

Frauen und Kinder auf der Flucht sind oft anderen Nöten und Gefahren ausgesetzt als Männer. (...) In den Erstaufnahmestellen und Flüchtlingsunterkünften brauchen sie besseren Schutz. (...)

(...) Die Belastungen müssen gerecht verteilt werden und dürfen nicht einseitig den Ver-

sicherten, Rentnerinnen und Rentnern und sozial benachteiligten Menschen auferlegt werden. Der SoVD fordert die Bundesregierung auf, ihre strenge Haushalts- und Steuerpolitik aufzugeben und die zur Bewältigung der neuen Herausforderungen erforderlichen zusätzlichen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Hierzu müssen insbesondere die Finanzstarken und Vermögenden entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit stärker finanziell herangezogen werden.

(...) Als Interessenverband der sozial benachteiligten Menschen in diesem Land wird der SoVD (...) konstruktiv und aktiv bei der Bewältigung der Herausforderungen mitwirken. Insbesondere werden wir jeden Versuch, Flüchtlinge und sozial benachteiligte Menschen in unserer Gesellschaft gegeneinander auszuspielen, mit Entschiedenheit abwehren!